

Die Krise der sozialistischen Partei in Frankreich

Autor(en): **Breton, Pierre**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **26 (1947)**

Heft 9

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-335714>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Krise der sozialistischen Partei in Frankreich

Paris, Ende Juli 1947

Der zweite Weltkrieg hat die Sozialistische Partei Frankreichs tief erschüttert und ihr ein neues Gesicht gegeben. Die Partei tauchte in der Illegalität unter und nahm in der Widerstandsbewegung den ihr gebührenden Platz ein. Das alte Führerkader der Partei, groß geworden zwischen den zwei Weltkriegen, fiel auseinander. Ein verhältnismäßig großer Teil der führenden Parlamentarier mußte wegen unsozialistischer Handlungen aus der Partei ausgestoßen werden. Darunter hervorragende Führer wie Faure und Severac, die versuchten, sich mit Pétain zu arrangieren. Diese geistige Enthauptung der Partei nahm ihr anfänglich viel von ihrer Stoßkraft. Einzig die saubere geistige Haltung Léon Blums im Prozeß von Riom gab der Partei einen Teil ihres Ansehens zurück. Der dominierende geistige Einfluß Léon Blums auf die Partei ist unbestritten und resultiert mehr aus dieser charakterfesten Geisteshaltung als aus einer streng marxistischen Gesinnung.

In der harten Schule der Widerstandsbewegung erwuchs der Partei eine neue Führung. Junge, bisher fast unbekannte Elemente reorganisierten die Partei, nahmen einen führenden Platz im Kampfe gegen den Faschismus ein. Die Befreiung Frankreichs und das Kriegsende stellten die neuen Kader vor ungeahnte, riesengroße und neue Aufgaben. Es galt, sich zurechtzufinden in einer Nachkriegsepoche mit den vielgestaltigen Problemen, wie sie eine solche in sich birgt. Wir denken dabei etwa nicht bloß an die Verantwortung der Regierungsbeteiligung der Partei, vielmehr an die großen Probleme, die die Übergangsepoche, in der wir heute leben, vor jeden Sozialisten stellt, welche sind: die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Welt, das veränderte soziale Gewicht und die politische Rolle der Arbeiterklasse, das Verhältnis der kapitalistischen Welt zu Sowjetrußland. Zu diesen allgemeinen historisch bedingten Problemen gesellen sich diejenigen der praktischen französischen Partei- und Regierungspolitik. Bei einer Betrachtung der gegenwärtigen Krise der Sozialistischen Partei Frankreichs darf darum nicht außer acht gelassen werden, daß die Partei an diese Aufgaben mit einem fast hundertprozentig neuen Kader herantritt, das unter spezifischen Bedingungen entstanden ist und die geistig-politische Führung gewährleisten muß.

Als einzige Partei sind die französischen Sozialisten seit dem Ende des Krieges dauernd in der Regierung vertreten. Trotz starken Rückschlägen bei den verschiedenen Wahlakten, die zur Gründung der vierten Republik geführt haben, ist das spezifische Gewicht der Partei in der Regierung gestiegen. Sie hat trotz einem Verlust von fast 25 Prozent ihrer Wähler die Regierungspositionen gefestigt. Woher kommt diese ungewöhnliche, aus den demokratischen Spielregeln schwer zu erklärende Erscheinung? Sie entspringt der einfachen Tatsache, daß die französische Bourgeoisie nicht mehr, die französische Arbeiterklasse noch nicht fähig ist, die politische Macht auszuüben. Die zwei größten politischen Parteien Frankreichs, das Mouvement Républicain Populaire (Katholiken) und die Kommunisten, sind ungefähr gleich stark. Keine der beiden Parteien will die andere an die Macht lassen. Um dieses provisorische Gleichgewicht der Kräfte nicht zu stören, sind beide Parteien bereit, dem Dritten die Verantwortung zu überlassen. Die ausschlaggebende sozialistische Regierungsvertretung, der die breite soziale Basis fehlt, erklärt sich nicht aus der Stärke, wohl aber aus der Schwäche der Sozialistischen Partei. Die Sozialistische Partei ist maßgebend in der Regierung vertreten als ausgleichender, nicht aber als selbsttätig bestimmender Faktor. Die Konsequenzen, die dieser Situation entspringen, sind vielseitig. Die Sozialistische Partei befindet sich dauernd zwischen Hammer und Amboß. Jeder Vorstoß, den die Sozialisten gegen die immer noch mächtigen Trusts unternehmen, wird von den Steigbügelhaltern des Kapitalismus auf das erbittertste bekämpft und auch von links, von den Kommunisten, unweigerlich als halber, zaghafter, reformistischer Schritt abgelehnt. Im Gegensatz zur englischen Arbeiterpartei, die dank ihrer Stärke eine homogene Regierung bildet, ist die Sozialistische Partei Frankreichs führende Regierungspartei in einer Koalitionsregierung dank ihrer Schwäche. Aus dieser umgekehrten Situation ergeben sich die entsprechenden Resultate: wo die englische Arbeiterpartei kühn an die Probleme sozialistischer Wirtschaftsgestaltung herantreten kann, ist das der Partei in Frankreich von vornherein versagt. Sie ist in eine Mittlerrolle zwischen links und rechts gedrängt, die ihrem eigentlichen Wesen widerspricht. Die Kritik gegen diese der Partei aufgedrängte Haltung nimmt in den sozialistischen Reihen daher dauernd zu. Seit dem letzten Parteitag im Sommer 1946 in Paris ist die Partei faktisch in zwei Hälften gespalten. Bei einem Andauern der gegenwärtigen Situation ist zu befürchten, daß die geistige Einheit der Partei aufs Spiel gesetzt wird.

Der Parteitag von 1946 in Paris gab zum erstenmal der sogenannten Linken die Mehrheit. Unter der Führung des jungen Deputierten von Arras, Guy Mollet, wurde der Richtung Léon Blum–Daniel Meyer zum Vorwurf

gemacht, daß sie in ihrer Koalitionspolitik zu weit nach rechts abschwänke, sich zu oft in einer Koalition mit den Katholiken befinde und damit der antikommunistischen Tendenz der französischen Bourgeoisie Vorschub leiste. Sowohl die Lohnstoppolitik der Regierung als auch die Kolonialpolitik des sozialistischen Kolonialministers Marius Moutet wurden einer herben Kritik unterzogen. Die Unzufriedenheit der Parteimassen, die durch den Rückgang der Wählerstimmen beunruhigt sind, brach sich Bahn, und in der neugewählten Parteileitung ging die Mehrheit an Guy Mollet über, der zum Generalsekretär der Partei bestimmt wurde. Mit Ausnahme der kurzen Periode, da unter der Führung Léon Blums eine homogene sozialistische Regierung am Ruder war, stehen sich ununterbrochen «Linke» und «Rechte» in der Partei gegenüber. Die Bezeichnungen «links» und «rechts» sind dabei mit aller Vorsicht zu benützen. In beiden Lagern der Partei gibt es zahlreiche Schattierungen, Trennendes und Gemeinsames, Persönlichkeiten, die sich schwer klassieren lassen, und Linien, die verschwimmen.

So ist es außerordentlich schwierig, sich ein klares Bild davon zu machen, was die «Linke» will. Die Schwierigkeit rührt daher, daß es keine einheitliche «Linke» gibt. Der Block, der sich gegen die jetzige Regierungspolitik unter Ramadier geformt hat, stellt weder eine ideologische noch eine politische Einheit dar. Es fehlt jedes konstruktive Programm, das erlauben würde, den Charakter dieser Opposition zu fixieren. Die Kritik der «Linken» an der Koalitionspolitik der Partei, sowohl zur Zeit der Dreiparteien-Koalition wie gegenwärtig, ist keine grundsätzliche. Der Führer der linken Opposition, Guy Mollet, hat in seiner heftigen Kritik der Partei nicht ein einziges Mal das Prinzip der Regierungsbeteiligung der Sozialistischen Partei in Frage gestellt. Selbst der am weitesten links stehende Flügel, der von Marceau Pivert geleitet wird, bestreitet dieses Prinzip keineswegs; seine Kritik unterscheidet sich von derjenigen Guy Mollets einzig durch den Ton. Was die Linke kritisiert, ist die praktische Durchführung der Parteipolitik in der Regierung. Sie verlangt eine schärfere Betonung des Klassencharakters der Partei, eine schärfere Frontstellung gegen das Bürgertum, eine entschiedenere Vertretung der Arbeiterinteressen. Es versteht sich von selbst, daß das Verhältnis zur Kommunistischen Partei in diesen Auseinandersetzungen eine hervorragende Rolle spielt.

Der Nationalrat der Partei hat im Juni mit einer sehr schwachen Mehrheit die Politik der Partei gegenüber der Regierung Ramadier gutgeheißen. Er hat sich damit offen in Widerspruch zum Beschluß des letzten Parteikongresses gesetzt, der ausdrücklich eine Regierungsbeteiligung ohne Kommunisten ablehnte. Wenn sich trotzdem eine Mehrheit fand, die die Regie-

rungspolitik Ramadiers billigte, so waren dafür entscheidene Gründe vorhanden. Die Mehrheit des Nationalrates der Partei unter dem Einfluß Blums sprach sich für die weitere Unterstützung der Regierung Ramadiers aus, weil sie auf die Frage «Was wollt ihr nachher?» keine Antwort erhielt. Da die Linke den Rücktritt der sozialistischen Minister verlangte, mußte sie sagen, welche Politik sie an die Stelle der bisherigen setzen wollte. Die Argumente der Opposition waren außerordentlich schwach. Während die einen eine reine sozialistische Oppositionspolitik verlangten, wünschten die andern die Bildung einer rein sozialistischen Regierung; die dritten wollten die Neubildung einer Regierung mit erneuter Regierungsbeteiligung der Kommunisten. Keine dieser drei verschiedenen Tendenzen entsprach in Wirklichkeit dem vorhandenen Kräfteverhältnis der Parteien. Es ist zu unterstreichen, daß der Führer der Opposition, der jetzige Generalsekretär der Partei, Guy Mollet, heftiger Gegner der Rückkehr der Kommunisten in die Regierung ist. Auf die Frage «Was kommt nach Ramadier?» hatte die «Linke» keine Antwort, die «Rechte» aber erklärte kategorisch: *Nach Ramadier kommt de Gaulle!* Sowohl die Katholische Volkspartei als auch die Radikalsozialisten lehnen eine Rückkehr der Kommunisten in die Regierung ab; da selbst in der Sozialistischen Partei keine Mehrheit dafür vorhanden ist, hat diese Kombination keinerlei praktische Aussicht auf Erfolg. Ebensowenig wären die bürgerlichen Koalitionspartner bereit, eine rein sozialistische Regierung zu dulden. Die grundsätzliche Ablehnung der Regierungsbeteiligung, ein Zusammengehen mit den Kommunisten in der Opposition heißt: die französische Rechte ans Ruder bringen. Einer Erweiterung der Regierung Ramadier nach links ist der Weg versperrt, es bleibt nur eine Erweiterung nach rechts übrig. Um diese zu verhindern, müssen wir die gegenwärtige Regierung Ramadier unterstützen. Ein Rücktritt der sozialistischen Minister aus der Regierung heißt: dem Gaullismus die Tore öffnen. Dieser Politik des kleineren Übels hatte die «Linke» nichts entgegenzusetzen. So berechtigt ihre Kritik im einzelnen ist, so wenig konstruktiv ist sie im Prinzip. Diese Schwäche der linken Opposition macht sich durchgehend fühlbar. Sie zeigt sich sowohl im Verhältnis zur Kommunistischen Partei als in der Einstellung zur Kolonialpolitik.

Wenn die Opposition zuerst eine stärkere Betonung der Klassenpolitik der Partei verlangte und darunter ein engeres Zusammenarbeiten mit den Kommunisten verstand, so hat sie hier eine Wendung vollzogen. Der Übergang der Kommunisten aus der Regierung in die Opposition, die rücksichtslose Ausnützung der von den Kommunisten beherrschten Gewerkschaften für ihre Parteizwecke haben der sozialistischen Linken gezeigt, daß es den

Kommunisten dabei keineswegs um die Interessen der Arbeiterschaft geht. In der Ablehnung der kommunistischen Legende, daß die Kommunisten a priori immer und überall die Interessen der Arbeiterklasse vertreten, sind sich heute «Linke» und Parteimehrheit einig. Eine schwer auszurottende Tradition und eine ebenso geschickte Politik versuchen indessen dauernd, die Sozialisten im Irrtum gefangen zu halten, als sei jede Kritik an Rußland eine Kritik am Sozialismus. Dieser Irrtum ist speziell unter der französischen «Linken» verbreitet. Er führt zwangsläufig zur Auffassung, daß die Kommunisten als Verteidiger der sozialistischen Sowjetunion die Verteidiger des Sozialismus selbst seien. Unter dem Druck der kommunistischen Taktik löst sich diese falsche Auffassung langsam auf und macht der einfachen Erkenntnis Platz, daß es darum geht, die kommunistischen Arbeiter durch eine sozialistische Politik zu gewinnen. Die Haltung der Kommunistischen Partei zur Regierung Ramadier, ihre absolute Verteidigung der national-russischen Politik in allen nationalen und internationalen Problemen haben in Frankreich dazu geführt, daß sich eine einheitliche Einschätzung dieser Politik innerhalb der Sozialistischen Partei durchzusetzen beginnt.

Am heftigsten hat die sozialistische Opposition die Parteiführung in der Kolonialpolitik angegriffen. Zweifellos zu Recht. Die Politik des sozialistischen Kolonialministers ist keineswegs von Erfolg gekrönt. Krieg in Indochina, Krieg in Madagaskar, Anschwellen der nationalen Freiheitsbewegungen in Marokko und Nordafrika. Es fehlt der französischen Kolonialpolitik an der Größe und dem Schwung, wie ihn die englische Arbeiterpartei Indien gegenüber aufbringt. Frankreichs rascher Zusammenbruch vor Hitlerdeutschland, die Unfähigkeit, die eigenen Kolonien zu befreien, der amerikanische Einfluß, der sich dauernd auswirkt, hat die Abfallbestrebungen der französischen Kolonialvölker gewaltig gehoben. Das Prestige Frankreichs hat stark gelitten, und die Versuche, es durch rein militärische Machtmittel wiederherzustellen, sind ohne Wirkung. Die sozialistische Kolonialpolitik hat sich bisher bequemt, eine relative Selbständigkeit der Eingeborenen im Rahmen der «Union Française» zu gewähren. Weiter ist sie bis heute nicht gegangen. Sie lehnt eine wirkliche Selbständigkeit der Kolonialvölker, das Selbstbestimmungsrecht, ab. Diese Politik ist gewiß anfechtbar, sie entspricht nicht einmal den ökonomischen und militärischen Gegebenheiten Frankreichs, geschweige einer sozialistischen Gesinnung. Der Gegensatz, der in dieser Frage «Linke» und «Rechte» trennt, geht aber auch hier nicht nach der Linie einer grundsätzlichen Entscheidung. Die linke Opposition verlangt keineswegs einheitlich die völlige Loslösung und Selbständigkeit der Kolonialvölker. Sie kritisiert einzelne Entscheidungen, die Härte der Kolonialpolitik, sie protestiert

gegen die Nachgiebigkeit des Kolonialministers gegenüber dem immer noch in der Administration und der Armee vorhandenen Kolonialmilitarismus. Einzig die Gruppe um Marceau Pivert verlangt hier eine unzweideutige Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Es ist sehr zweifelhaft, ob sie sich in der Partei Gehör verschaffen kann.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß, obwohl die Krise der Sozialistischen Partei Frankreichs sehr heftig in Erscheinung tritt, die Gegensätze keineswegs unüberbrückbar sind. Die Fragen sind noch unreif, zu wenig durchdacht, um auf den ersten Anhieb gelöst zu werden. In entscheidenden Fragen – wie im Verhältnis zur Kommunistischen Partei – entsteht allmählich eine einheitliche Einschätzung des Problems, so daß eine Wiederholung des italienischen Beispiels nicht zu befürchten ist. Mit Ausnahme der Kolonialpolitik bestehen zwischen «Linken» und «Rechten» keine grundsätzlichen Verschiedenheiten. Die taktischen Differenzen finden, wie bisher, sicherlich eine Lösung, dank jener Demokratie, die das Gemeingut des demokratischen Sozialismus ist.